Wirtschaft lobt Beitrittsgespräche

EU-Perspektive für Balkan-Staaten „ein starkes Signal“

ami. WIEN. Die deutsche Wirtschaft zeigt sich zufrieden über die Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen mit Albanien und Nordmazedonien. „Die EU setzt ein starkes Signal in schwieriger Zeit und beweist gerade inmitten der Corona-Krise ihre Handlungsfähigkeit“, sagte der Vorsitzende des Ost-Ausschusses, Oliver Hermes. Nach der Verunsicherung der vergangenen Monate, als der Beschluss wegen des Vetos von Frankreich, Dänemark und den Niederlanden nicht zustande gekommen war, könne jetzt verlorenes Vertrauen in der Region zurückgewonnen werden. „Die EU-Beitrittsperspektive war und ist für viele Investoren ein entscheidender Faktor für ein Engagement in der Region“, so Hermes.

Vor allem in Nordmazedonien, das mit einer Namensänderung den Weg für den Beitritt in die Nato und EU ebnet hatte, spielen deutsche Investoren eine große Rolle. Der bilaterale Handel war 2019 binnen Jahresfrist um knapp 9 Prozent auf 4,4 Milliarden Euro gestiegen, drei Viertel davon machen Importe aus Nordmazedonien aus. Der deutsche Handel mit Albanien fiel mit 403 Millionen Euro dagegen viel weniger ins Gewicht. Anders als bei dem Adria-Anrainer Albanien, der stark vom Tourismus lebt und wirtschaftlich eng mit Italien verwoben ist,

ist die deutsche Industrie in Nordmazedonien stark. Autozulieferer haben sich dort niedergelassen.

Auch sie bekämen in Zeiten des Coronavirus die Abhängigkeit von den weitgehend geschlossenen europäischen Mutterkonzernen zu spüren, berichtet der Delegierte der Deutschen Wirtschaft für die Region, Patrick Martens. Weil Lieferketten rissen und Abnehmer fehlten, werde die Just-in-time-Produktion heruntergefahren. Er hoffe, dass die Produktion in den Stammwerken bald wieder hochgefahren wird, „damit wir überleben können“.

In den ersten Wochen vor der Corona-Krise hätten die Exportzahlen abermals um 10 Prozent über den Vorjahresmonat gelegen. Deshalb ist Martens zuversichtlich, dass Nordmazedonien mit seiner jungen Bevölkerung bald wieder auf einen Wachstumskurs einschwenken kann. Er verlangt aber auch, dass das mit EU-Finanzhilfen versehene, auf Jahre ausgelegte Beitrittsverfahren von Reformen begleitet werden müsse. Vor allem von Albanien erwartet die EU eine Reform des Wahlrechts, mehr Rechtsstaatlichkeit und die bessere Bekämpfung der Korruption. Nicht zuletzt komme es darauf an, Lebensbedingungen so zu verbessern, dass der Abwanderungsdruck nicht verstärkt werde.